

Geschäftsstelle

Kommission
Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe
gemäß § 3 Standortauswahlgesetz

Arbeitsgruppe 1
Gesellschaftlicher Dialog,
Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz

Beratungsunterlage zur 2. Sitzung

<p>Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe K-Drs. /AG1-1</p>
--

Endlagerkommission

AG I: Beteiligung und Öffentlichkeit

Die AG 1 hat ihren Vorsitzenden Landesbischof Meister und das Kommissionsbüro gebeten, die Arbeitspapiere von Dr. Sommer, Deutsche Umweltstiftung (Vorlage 8.9.2014), die Vorlage von Landesbischof Meister und die Beratungsergebnisse aus dem ersten AG-Treffen zusammenzuführen und als Diskussionsgrundlage am 22.09.2014 vorzulegen.

Lernfeld: Akzeptanz

Das StandAG zielt auf eine „wissenschaftsbasierte und transparente“ [§ 1 (1) StandAG] Standortsuche. Zu den „relevanten Grundsatzfragen“ [§ 3 (2) StandAG] für den notwendigen gesellschaftlichen Dialog gehört die Frage nach der Tiefendimension der Bürgerbeteiligung. Bürgerbeteiligung ist kein Selbstzweck, sondern hat Ziele:

- Legitimierung fundamentaler Entscheidungen von übergeordneter gesellschaftlicher Relevanz.
- Akzeptanz von ggf. auch unpopulären Entscheidungen.
- Emanzipation der Bürgerinnen und Bürger als Subjekte politischer Gestaltung und Risikoverantwortung.

Das StandAG folgt dem Grundsatz der Transparenz [§ 1 (1) StandAG]. Wesentlich ist die Unterrichtung „über die Ziele des Vorhabens, die Mittel und Stand der Verwirklichungen sowie seine voraussichtlichen Auswirkungen“ [§ 9 (1) StandAG]. Ziel ist es auch, einen „offenen und pluralistischen Dialog in der Öffentlichkeit“ [§ 9 (3) StandAG] zu ermöglichen. Die Verfahren zur Beteiligung der Öffentlichkeit sollen fortentwickelt werden [§ 9 (4) StandAG].

Mit Hilfe des Kriteriums der Akzeptanz (faktische Zustimmung/Konsens/Akzeptabilität?) ließe sich ein Erfolgskriterium für die Bürgerbeteiligung formulieren. Es müsste allerdings darstellbar sein, an welchen Messpunkten und mit welchen Messmethoden Akzeptanz abgebildet werden kann. Akzeptanz darf nicht zum Selbstzweck werden und auf Kosten der Sicherheitsziele gehen. Es ist zu klären, in welchen Projektphasen und an welchen Projektweichen Akzeptanz ein Kriterium für eine gelungene Bürgerbeteiligung sein soll.

- Kann die Endlagersuche so in die Gesellschaft transportiert werden, dass eine Legitimation des Verfahrens, Akzeptanz und die Teilhabe der Zivilgesellschaft erreicht werden?
- Gelingt damit ein Verfahren, das dem Ziel einer gesellschaftlichen Gesamtverantwortung gerecht wird?
- Sind die vom AkEnd in der Phase I praktizierten und für die Phase II in Aussicht genommenen Beteiligungsinstrumente und Aktivierungsmethoden unter den heutigen Rahmenbedingungen geeignet und ausreichend?

- Ist der Begriff der Öffentlichkeit hinreichend geklärt?
- Wie sieht Bürgerbeteiligung niederschwellig und kooperativ aus?

Lernfeld: Beteiligung

Eine hohe Beteiligungsbereitschaft der Bevölkerung [vgl. Bericht AkEnd S. 2] als verfahrensleitendes Erfolgskriterium liegt nicht im Zielkorridor des StandAG. Die vom StandAG in Aussicht genommenen Beteiligungsformen dienen dem „offenen und pluralistischen Dialog in der Öffentlichkeit“ (§ 9 (3) StandAG) (nicht *der* Öffentlichkeit).

- Ist das StandAG hinreichend beteiligungsorientiert?
- Sollen Beteiligungsverfahren quantifizierbar und überprüfbar werden? Welche sozialwissenschaftlichen Methoden und Mittel braucht es dazu?
- Ist der „gesellschaftlichem Konsens“ ein operationalisierbares Ziel?
- Ist der gesellschaftliche Konsens vor dem Hintergrund der Ergebnisse des AkEnd (Information der Öffentlichkeit, Beteiligungsbereitschaft in den Regionen mit verfahrensleitender Wirkung, Transparenz) und des StandAG (Transparenz durch Unterrichtung, Dialogorientierung durch Partizipationsangebote) ein durch das StandAG erteilter Auftrag?
- Was hat sich im Hinblick auf die politische Ausgangslage und die zivilgesellschaftlichen Erwartungshorizonte seit den Empfehlungen des AkEnd verändert?
- Braucht es zunächst eine konsensuale Inventarisierung emotioneller und fachlicher Fragestellungen?
- Was sind die normativen Letztinstanzen für den Findungsprozess?

Lernfeld: Dialog

Die Endlagersuche ist durch die Vorschläge des AkEnd und durch die Diskussion um das StandAG mit der Vorstellung eines gesellschaftlichen Dialogs verknüpft. Ohne präzise Operationalisierungen (Verfahrensmodule, Zeitrahmen, Erfolgskriterien und Messmethoden) wird der politisch integrative Ansatz des Dialogs zum Türöffner für Endlosigkeit und Beliebigkeit.

- Ist das StandAG mit formalen Fehlern behaftet, die einen dialogorientierten Selbstvollzug der Endlagersuche stören oder unmöglich machen?
- Ist das StandAG mit politischen Geburtsfehlern behaftet, die Dialog verhindern?
- Braucht es neue Verfahren und Einschätzungen, z.B. „Bürgerbeteiligung als Wert an sich“?
- Mit welchen Beispielen zielführender Dialogpraxis warten die Kritiker des StandAG konzeptionell auf?

Lernfeld: Vertrauen

Das Stichwort Vertrauen hat im AkEnd-Bericht eine weniger prominente Stellung als in der Diskussion um das StandAG. Der AkEnd sieht Gelingensbedingungen wesentlich in dem Ereignisfeld zwischen „offener Haltung“ und „Verantwortung“. Das in dieser Spannung sich öffnende Lernfeld soll in einer transparenzorientierten „Schritt-für-Schritt“-Vorgehensweise mit Kontrollmöglichkeiten (z.B. Rücksprung Bericht AkEnd S. 71) erschlossen werden.

- Aus welchen Gründen steckt Teilen der kritischen Öffentlichkeit der Frust in den Knochen, wenn es um Endlagerfragen geht (Gorleben/Asse II/Schacht Konrad etc.)?
- Wie können diese Gründe aufgearbeitet werden?
- Warum sind verfahrensleitende Rücksprung-Möglichkeiten bis heute so populär?
- Leistet die EndKo Entwicklungsarbeit an einem neuen gesellschaftlichen Vertrauenskontrakt?
- Leistet die EndKo Entwicklungsarbeit an einem neuen Verantwortungskontrakt?
- In welchem Verhältnis stehen Vertrauenserwartung und pragmatischer Ergebniszwang?

Lernfeld: Normative Risikoethik

Angesichts der technischen und zeitlichen Dimension des Projektes kann nur mit hypothetischer Sicherheit (bestmögliche Sicherheit nach Stand des Wissens (§ 1 (1) StandAG)) argumentiert werden. Der vollständige Ausschluss von Risiken kann realistischer Weise nicht das Ziel des Findungsprozesses sein.

- Müssen Konflikte um die Zumutbarkeit nichtkohärenter Strategien als Störungen behandelt werden?
- Wie kann das den Konflikten Innewohnende Wissen dialogisiert und erfolgswirksam genutzt werden?
- Wie werden die Spannungen aus Wertehaltungen und pragmatisch orientierten fachlichen Ansätzen dialogisiert?